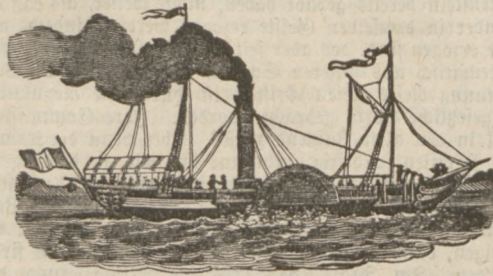


Danziger Dampfboot.

N^o. 71.

Mittwoch, den 25. März.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1863.

34ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltheile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Ztg. u. Annonc.-Bür. In Leipzig: Jllgen & Fort. In Breslau: Louis Stangen. In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haafenstein & Bogler.

Bestellungen auf das mit dem 1. April beginnende neue Quartal der Zeitung

Danziger Dampfboot

werden bei allen Königl. Postanstalten, wie hier am Orte in der Expedition, mit 1 Thlr. pro Quartal angenommen. Das Monats-Abonnement beträgt hier am Orte 10 Sgr.

Zugleich ersuchen wir die Freunde unserer Zeitung, für die weitere Verbreitung derselben geneigt mitwirken zu wollen. Die Redaction wird bestrebt sein, durch schnelle Mittheilung und eine sorgfältige Zusammenstellung der neuesten politischen Nachrichten, sowie durch Besprechung aller wichtigen localen und provinziellen Angelegenheiten, den Anforderungen, welche an eine Provinzial-Zeitung gestellt werden können, zu genügen.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, Dienstag 24. März.

Die „Bresl. Ztg.“ meldet aus Krakau vom gestrigen Abend: „Seit heute Morgen wird bei Lasy, Miechow und Igalomia noch ohne Entscheidung gekämpft. Im Lager der Insurgenten befinden sich Wysocki, Bentkowski, Smiechowski und Kochebrune. In Baran haben die Kosaken eine österreichische Patrouille geplündert und einen Mann getödtet.“ Wie die „Schles. Ztg.“ schreibt, wird Langiewicz im Castell nicht als Gefangener behandelt.

Keszow, Dienstag 24. März.

Die unter Anführung von Czernowski im Süden des Gouvernements Lublin (unweit Lezajsk) operirenden Insurgenten sind geschlagen und gänzlich zersprengt; sie treten haufenweise nach Galizien über.

Turin, Dienstag 24. März.

In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer theilt Minghetti mit, daß Farini Gesundheitsrücksichten halber aus dem Ministerium geschieden, und daß er selbst zum Ministerpräsidenten ernannt sei. Ferner habe Pasolini aus persönlichen, der Politik fremden Motiven, seine Entlassung genommen, und sei der bisherige Generalsekretär Visconti Venosta zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt.

Petersburg, Dienstag 24. März.

Das „Journal de St. Petersbourg“ meldet, der österreichische Gesandte Graf Thun habe Sonnabend sein Abberufungsschreiben überreicht.

London, Dienstag 24. März.

In der gestrigen Sitzung des Oberhauses lehnte Lord Russell von Neuem die Anerkennung der amerikanischen Südstaaten und alle Vermittelungsversuche ab.

— Im Unterhause verweigerte Lord Palmerston auf eine Interpellation von Hennessy über die zwischen England und Frankreich gepflogenen Unterhandlungen in Betreff Polens die Auskunft; England mache Rußland einbringliche Vorstellungen und werde dies auch fernerhin thun. — Auf eine Interpellation von Fitzgerald theilte Palmerston dem Hause mit, Amerika habe eine Convention behufs Untersuchung von Verletzungen der Neutralität vorgeschlagen; er hoffe sie trotz der Schwierigkeiten des Details auszuführen.

— Der Dampfer „City of Newyork“ ist mit 1,311,221 Dollars an Contanten und New-Yorker Verichten vom 14. d. in Queenstown eingetroffen. Nach denselben hat der Senat zu Washington sich

vertagt. Cassius Clay ist als Gesandter in Petersburg bestätigt worden. Der Finanzminister Chase war in Newyork angekommen, um eine neue Anleihe von 150 Millionen zu contrahiren. Wie gerüchtesweise verlautet, bereitet die Conföderirten mit mehreren bei Mobile befindlichen Dampfern einen Angriff auf die unionistische Blockadeflotte vor. Wie man glaubte, werde Lincoln nächstens eine Vermehrung des Heeres verlangen. Die Conföderirten sollen am Rappahannock die Negere bewaffnet haben. In einer Schlacht am Flusse Yazoo (im untern Mississippi) sollen die Unionisten 7000 Conföderirte zu Gefangenen gemacht und 8 Transportschiffe erbeutet haben. — In einem Gefecht bei Port Hudson sollen 200 Unionisten mit 2 Kanonen gefangen genommen worden sein.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

26. Sitzung, am 23. März.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. Am Ministertische: Graf v. Tzenpliz, v. Mühler, als Regierungs-Commissar Geh. Rath Stiehl.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der XIV. Commission über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des §. 13 des Gesetzes über die Besteuerung der Bergwerke vom 12. Mai 1851. Der Gesetzentwurf lautet: §. 1. „Die auf Grund von Verträgen oder anderen speziellen Rechtstiteln an den Staat zu entrichtenden Bergwerksabgaben können auf den Antrag der Verpflichteten für die Folgezeit und bereits vom 1. Januar 1863 ab auf die im Gesetze vom 20. Oktober 1862 festgesetzten Beträge ermäßigt werden.“

§. 2. „Bei denjenigen Bergwerken, von welchen der Staat in Gemeinshaft mit einem andern Berechtigten den Zehnten oder die an dessen Stelle getretene Bergwerks-Abgabe erhebt, soll der von Dritten an den Staat zu entrichtende Theil dieser Abgabe vom 1. Jan. 1863 ab bis auf den der ursprünglichen Beteiligte des Staats an der Gesamtangabe entsprechenden aliquoten Theil des durch das Gesetz vom 20. Okt. 1862 bestimmten Prozentsatzes ermäßigt werden.“

§. 3. „Die zur Zeit bestehenden Bestimmungen, insbesondere der §. 13 des Gesetzes vom 12. Mai 1851 werden, soweit sie den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes zuwiderlaufen, hierdurch aufgehoben.“

Nach einer kürzeren Debatte über diesen Gegenstand zwischen dem Handelsminister und dem Abg. v. Benghem wird die Generaldiskussion geschlossen und der ganze Gesetzentwurf ohne jede weitere Diskussion einstimmig angenommen.

Den zweiten Gegenstand bildet der Petitionsbericht der Unterrichts-Commission. Zu den in zwei Resolutionen sub A. und B., von denen die zweite in 24 Sätzen die Grundprinzipien des zukünftigen Unterrichtsgesetzes enthält, formulirten Anträgen der Commission sind eine Reihe von Amendements eingegangen, die wir an den betreffenden Stellen mittheilen werden.

Es wird zunächst die Generaldiskussion über sämtliche vorliegende Anträge eröffnet in Verbindung mit der Diskussion über Lit. A.: „Der Erlaß des im Art. 26 der Verfassung verheißenen Gesetzes, welches das ganze Unterrichtswesen zu regeln bestimmt ist, wird mit jedem Jahre zum dringlicheren Bedürfnis und zur unabwieslichen Verpflichtung.“

Der Referent Abg. Krause (Magdeburg) motivirt kurz die gestellten Anträge unter Hinweis auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit des vorliegenden Gegenstandes. Die Militär- und Budgetfrage dürfe die Volksschulfrage nicht verdrängen, die überdies eine angemessene Abwechslung in den Debatten bilden werde. Man werfe zwar ein, daß nichts mit den beantragten Resolutionen werde effectuirt werden; darauf sei zu erwidern, man werde in dieser Frage grade soviel und so wenig effectuiren wie auf den andern Gebieten. Das Gebiet des Volksschulunterrichts dürfe nicht dem Belieben der Verwaltungsbehörden überlassen bleiben, deren Praxis gegen Art. 20 und 12 der Verfassung verstoße. Das Bedürfnis der gesetzlichen Regelung sei ein sehr dringliches. Die gegenwärtigen Bestimmungen seien häufig 100 Jahr alt und würden

von den einzelnen Localbehörden verschieden interpretirt. Der Bureautrismus von vor 100 Jahren herrsche noch jetzt und auf diesem Gebiete in einer Weise, die zuweilen fast komisch sein würde, wenn die Sache nicht so ernsthaft wäre.

Abg. v. Mallinrodt: Er halte es für überflüssig über eine so wichtige Frage zu debattiren, wenn man sich von vornherein bewußt sei, daß die Debatte keinen Erfolg haben werde. — Die Unterrichts-Commission lege die ganze gegen die vielbesprochenen Regulative ein und diese Opposition gehe durch alle Anträge der Commission. Dabei übersehe man, daß die Regulative hauptsächlich nur für die evangelische Volksschule und für die evangelischen Seminare bestimmt seien, und daß man eine erhebliche Zahl von Katholiken und katholischen Schulen im Lande habe. In der Unterrichts-Commission aber sei kein Mitglied der katholischen Fraktion. Unter diesen Umständen sei die Autorität der Commission doch eine sehr zweifelhafte. Die Commission habe sich die Sache sehr leicht gemacht, trotz des umfangreichen Berichtes. Wenn es sich um Dinge handle, die sich im Laufe einer tausendjährigen Geschichte entwickelt hätten, da schein es nothwendig, daß man sich das Vorhandene vergegenwärtige und das Gesetz an das historische Vorhandene anschließt. Die Commission hätte dem Hause ein klares Bild davon geben müssen. Der Bericht habe es unterlassen, die thatsächlich vorhandenen Verhältnisse vorzuführen und namentlich die Bedürfnisfrage scharf ins Auge zu fassen. Wenn man den Versuch mache, die Zukunft zu erobern, so werde man sich nicht wundern können, wenn er und seine Freunde auch ihre Zukunft festzuhalten suchten. Was dringlich sei, das sei die Verbesserung der Stellung des Lehrstandes. Ein Blick auf die Tabellen, welche im Commissionsberichte sich befinden, werde lehren, daß in Preußen die Schullehrer dürftiger gestellt seien, als in irgend einem andern deutschen Staate. Es sei auch von keiner Seite ein Zweifel darüber, daß in dieser Beziehung wesentliche Abhilfe nothwendig sei und deshalb möge man sich vorläufig darauf beschränken. Thue das Haus das nicht, so würden die Lehrer noch sehr lange warten müssen (Sehr richtig!) und es würden die Vorwürfe nicht die Regierung allein treffen, sondern das Haus würde vollen Theil daran haben. (Bravo!) Er empfehle deshalb die Annahme seines Amendements. Dasselbe lautet: „Das Haus wolle, unter Ablehnung des Commissionsantrages, beschließen, die Petitionen der königl. Staatsregierung mit der Erklärung zu überweisen, daß unter den darin berührten Gegenständen a) die Verbesserung der Gehalts-, Pensionierungs- und Wittwenkasten-Verhältnisse des Lehrstandes, sowie b) die damit aufs Engste verbundene feste Ordnung der Beziehungen zwischen Schule und Gemeinde von so hervorragender Dringlichkeit sind, daß es sich empfiehlt, die endliche Befriedigung dieses längst und allseitig anerkannten Bedürfnisses nicht länger von dem Zustandekommen eines alle Gebiete des Unterrichtswesens gleichzeitig umfassenden Gesetzes abhängen zu lassen, sondern dieselbe im Wege eines Spezialgesetzes herbeizuführen.“

Abg. Dr. Diesterweg: Das allgemeine Landrecht nennt die Schulen Anstalten des Staats. Der Ausdruck ist nicht klar. Soll er heißen, daß der Staat die alleinige Verantwortung der Schulen ist? oder daß er sie aus eigener Machtvollkommenheit allein mit seinen Mitteln erhält? Dies ist doch keineswegs der Fall. Sowohl an der Stiftung der Schulen, wie an ihrer Erhaltung und Beaufsichtigung nehmen 3 Factoren Theil: der Staat, die Kirche und die Gemeinde. Der Redner spricht sich nun sowohl gegen den Einfluß des Staates als gegen den der Kirche auf die Schule aus. Die Verderblichkeit des bürokratischen Absolutismus zeige sich am deutlichsten in den gesetz- und verfassungswidrigen Regulativen. Ebenso verderblich aber sei der clericale Einfluß, besonders der der Local-Pastoren in Bezug auf Beaufsichtigung der Schule und der Person der einzelnen Lehrer. Man führe zu Gunsten dieses kirchlichen Einflusses gewöhnlich den Satz an, die Schule sei die Tochter der Kirche. Dieser Satz sei falsch. Die Schule sei vielmehr ein Product des practischen Lebens. Eine Mutter der Schule sei die Kirche niemals gewesen, höchstens eine Stiefmutter (große Heiterkeit). Nicht nur die bürokratische, sondern auch die clericale Scholarchie sei also verwerflich. In Scene sei vielmehr der dritte Factor zu setzen: die Gemeinde. Er empfehle deshalb besonders diejenige Resolution, welche Beschränkung oder vielmehr gänzliche Auf-

hebung des clericalen Einflusses wolle und Verstärkung des Einflusses der Gemeinde nach dem Princip der Selbstverwaltung. „Die einzelne Commune muß das Recht haben, über die religiöse Bildung ihrer Kinder endgültig zu beschließen. In diesem Sinne nehmen Sie die Resolutionen an und beschließen Sie die freie Schule.“ (Bravo!)

Cultusminister v. Mülser: Bevor die Discussion ihren weiteren Fortgang nimmt, halte ich mich für verpflichtet, den Standpunkt der Regierung darzulegen. Der Standpunkt der Resolution ist, auf den Erlaß eines Gesetzes hinzuwirken und maßgebende Principien dafür zu geben. Die Regierung glaubt zunächst mit Befriedigung zurückblicken zu dürfen auf den Stand des Volksschulwesens und des gelehrten Schulwesens bei uns in Preußen. Das günstige Resultat desselben ist die Frucht einer langjährigen treuen Arbeit aller Behörden und Personen, die dabel theilhaftig sind. Vergleichen wir die Zustände, wie wir sie gegenwärtig haben, mit denen vor etwa 50 Jahren, so finden wir darin nicht allein die Zahl der Schüler und Lehrer in einer außerordentlichen Weise gehoben, wir finden auch, daß der Bildungsstand der Schulen ein weit vorgeschrittener ist; wir finden auch, daß in den äußeren Einrichtungen der Schule wesentliche Fortschritte gemacht sind. Die Verbesserung der Lehrergehälter ist vorgeschritten. Vor Allem aber zeichnet sich das Volksschulwesen durch den Vorzug aus, daß dasselbe niemals sprungweise seine Entwicklung genommen hat, sondern daß es naturwüchsig sich aus dem Bedürfnisse und aus dem Cultur- und Bildungsstande des Volkes entwickelt hat. Ich will daran nicht die Folgerung knüpfen, als ob man Alles als abgeschlossenen betrachten könnte. Der Regierung ist sehr wohl bewußt, daß auf diesem Gebiete noch sehr viel zu thun übrig bleibt, und es ist schon in den gehaltenen Reden auf verschiedene Punkte hingewiesen worden, welche noch der Beachtung unterliegen müssen. Ich gedenke namentlich der Stellung der Lehrer, die in vielen Gegenden entschieden einer Aufbühse bedarf; ich gedenke der Lage, in welcher sich die pensionirten Lehrer befinden, und der Lage der Wittwen und Waisen des Lehrerstandes. Es ist der lebhafteste Wunsch der Regierung, diesen und anderen Bedürfnissen zu Hülfe zu kommen.

Abg. F u b e l (derselbe hat gleichfalls ein präjudicielles Amendement gestellt, das von der altliberalen Fraction unterstützt ist und also lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: in Erwägung, 1) daß die immer dringender hervortretende und wiederholt von der Landesvertretung anerkannte Nothwendigkeit, a) das den Volksschullehrern nach Art. 25 der Verfassung zugesicherte, den Sozialverhältnissen angemessene Einkommen festzustellen b) dem gesammten Volksschulwesen eine feste Organisation zu geben, welche das Verhältnis des Staats, der Gemeinde, der Kirche und der Lehre zur Volksschule regelt, c) die Pensionirung und die Wittwen-Versorgungsanstalten der Volksschullehrer zu ordnen, d) für die Bildung der Volksschullehrer auf den Seminarien diejenigen Anordnungen zu treffen, welche dem gegenwärtigen Stande der Pädagogik und den Anforderungen des praktischen Lebens an die Leistungen der Volksschule entsprechen, — nur durch den Erlaß des im Art. 26 der Verfassung gebotenen Unterrichtsgesetzes ihre Erledigung finden kann; 2) daß der Staatsregierung, obwohl sie das Bedürfnis zum Erlaß dieses Gesetzes anerkennt, obwohl letzteres bereits eine sorgfältige Vorbereitung durch Amtsvorgänger des gegenwärtigen Unterrichts-Ministers gefunden hat, dennoch unter alleiniger Berufung auf die Kürze der Zeit und die bestehende Spannung in den allgemeinen politischen Fragen — es für unthunlich erklärt, „mit einem so tief greifenden und umfassenden Gesetze hervorzutreten;“ 3) daß hiernach die Verantwortung für die Fortdauer tief und schwer empfundener Mißstände auf der Staatsregierung um so mehr und um so ausschließlicher haften bleibt, je weniger Erfolg eine Seitens des Abgeordnetenhauses zu ergreifende Initiative in der Gesetzgebung zur Zeit haben würde; 4) daß ein solches Verhalten der Staatsregierung in dieser ebenso wichtigen als dringenden Angelegenheit es aber nicht zu rechtfertigen vermöchte, wenn das Abgeordnetenhause an seinem Theile seine Pflicht zu thun, unterlasse, die Petitionen, in soweit sie Vorschläge und Grundsätze enthalten, welche den oben unter Nr. 1 ausgesprochenen Forderungen geeigneten Ausdruck geben, der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung bei dem nach Art. 26 der Verfassung zu erlassenden Unterrichtsgesetz zu überweisen.“) — Der Redner empfiehlt sein Amendement auf das Dringendste und erklärt schließlich der Erlaß des Unterrichtsgesetzes müsse für den Cultusminister dieselbe Bedeutung haben, wie ein bewilligtes Budget für den Finanzminister. (Beifall von der Fraction Simson.)

Abg. Dr. Löwe: Die letzte Erklärung des Herrn Vorredners, nach welcher ein Unterrichtsminister ohne Unterrichtsgesetz sich in demselben Zustande befände, wie ein Finanzminister ohne bewilligtes Budget, eröffnet uns traurige Ausichten, wenn wir erwägen, wie lange schon die Unterrichtsverwaltung ohne Gesetz geführt worden ist. Wir empfinden hier wieder dieselben Bedenken, die uns bei jeder Frage entgegneten: Was sollen wir uns mit einzelnen Fragen beschäftigen, wenn die Grundlagen des Staats in Frage gestellt sind? Diese Erwägung darf uns aber nicht abhalten von der eingehendsten Prüfung der Unterrichtsfrage. Nach allen Krisen hat der Staat immer am Unterrichtswesen die kräftigste Stärkung seines geschwächten Organismus gefunden, darum dürfen wir keinen Augenblick säumen, auf diesem Gebiete zu wirken, wie schlecht auch die Ausichten auf Erfolg sind. Ich war leider lange von dem Vaterlande entfernt. Bei meiner Rückkehr gewährte mir der Zustand unsers Volkes ein überaus erfreuliches Bild. Fast überall sah ich Fortschritt. Fortschritt in der materiellen Entwicklung, Fortschritt in der politischen Bildung, Fortschritt in der besonnenen Haltung auch der Masse. Reifer, tüchtiger, verständiger sah ich meine Landsleute fast in jeder Hinsicht, aber das Unterrichtswesen, der Lehrerstand entsprach nicht dem

sonst so glücklichen Bilde. In der intellectuellen Entwicklung, im Selbstgefühl, in der Tüchtigkeit des Erlebens der Lehrer konnte ich keinen Fortschritt erblicken. — Es wird dem Commissions-Berichte vorgeworfen, daß er mehr Klagen und Wünsche als bestimmte Formulierungen enthält. Dies würde ich für einen berechtigten Vorwurf halten, wenn die Resolutionen sofort in Gesetzesparagraphen umgearbeitet werden sollten. Sollen wir ein neues Gesetz beschließen, so dürfen wir diesem nichts von den Krankheiten des früheren Zustandes ankleben lassen. In dieser Lage befinden wir uns hier nicht. Wie kommt der Unterrichtsminister zum Vorwurf, die Resolutionen forderten eine prunkhafte Entwicklung, als ob sie etwas ganz Neues und Unerhörtes wollten. Ich finde, daß dieselben mit einer rührenden Bescheidenheit verfahren. Sie wollen nur das Gute, daß wir vor 21 Jahren unter Altenstein bereits gehabt haben, nichts weiter, als daß die Kinder in demselben Geiste erzogen werden, indem wir alle erzogen sind, der aber seit dem Ministerium Eichhorn systematisch aus unseren Schulen verbannt ist. Die Verbannung dieses freien Geistes ist durch die Regulative in gesetzliche Form gebracht worden. Ihre Commission will in den alten Zustand zurück. Aber wenn der Kampf der Parteien so heftig entbrannt ist, wie in der gegenwärtigen Frage, kann man nicht so harmlos in den alten Zustand zurück. Dann genügt die Aenderung der Verwaltung nicht, um die eingewurzelten Uebelstände zu beseitigen, dann muß das Neue in den Institutionen fixirt werden. Im Jahre 1848, als die Mißregierung des Ministers Eichhorn zu Ende gegangen, da hätte vielleicht der Minister, der heute noch Mitglied dieses Hauses ist, wenn er damals längere Zeit Minister geblieben wäre, einen großen Theil der Uebelstände beseitigen können. Da er aber nur sehr kurze Zeit Minister blieb und dann der alte Mißstand sofort in seiner ganzen Kraft wieder eintrat, so kann jetzt dem so eingewurzelten Uebel unmöglich die Verwaltung allein abhelfen. Darum hätte die Commission das Wort, das allein helfen kann, offen aussprechen müssen: Trennung der Schule von der Kirche.

Abg. Schulze (Borken): (Der Beginn der Rede ist unter der Unruhe im Hause nicht zu verstehen.) Der Vorredner habe klar und deutlich den Gedanken ausgesprochen, der sich durch den ganzen Commissionsbericht hindurchziehe, nämlich den, daß die Schule von der Kirche getrennt, befreit werden möge. Darauf sei das Wesen und der Geist des ganzen Commissionsberichtes bestimmt bezeichnet. Dies wäre nach seiner Ansicht ein höchst verderblicher Schritt. Der Werth der Schule liege darin, daß sie die Kinder erziehen solle zu guten und wahrhaft sittlichen Menschen. Wenn man auf die Erziehung in der Volksschule großen Werth lege, so sei mit vollem Rechte gesagt worden, die Kirche sei die Mutter der Schule; nicht bloß ihrer Geschichte nach, sondern auch wegen des spätern Alters der Schulen. Schule und Kirche seien eng mit einander verbunden, und die Schule von der Kirche trennen, heiße das Kind von der Mutter wegnehmen.

Abg. Dr. Paur: Das Haus wisse, daß es von dem gegenwärtigen Ministerium kein Unterrichtsgesetz zu erwarten habe. Dadurch sei die Commission veranlaßt worden, aus den ihr vorliegenden Petitionen gewisse Grundsätze herauszuziehen und vorzulegen, nicht als ein geschlossenes System, sondern in mehr aphoristischer Weise, nicht ein Gesetz, wozu es an Material gefehlt habe, sondern leitende Grundsätze. Er wolle auf einige derselben aufmerksam machen. Die ersten zwei Resolutionen seien ein Protest gegen die sogenannten Regulative, die allerdings öfter getadelt als gelesen worden seien. Die Commission protestire weniger gegen die Regulative selbst, als gegen den regulatorischen Geist, und der sei auch bei Leitung der nicht-erangelischen, der katholischen Schulen maßgebend. Die Regulative erzielten die Abrihtung statt der geistigen Erziehung, und diese Abrihtung habe die Commission verurtheilen wollen. Die Regulative forderten den „christlichen Geist“ nicht für die Geschichte, sondern auch für die Naturwissenschaften, — das wissenschaftliche Prinzip müsse dem entgegen gewahrt werden.

Der Schluß der General-Discussion wird beantragt und abgelehnt.

Es folgt Abg. Reichensperger (Bodum): Er sei nicht für die exclusive Herrschaft der Kirche auf dem Gebiete der Schule, aber auch ebenso wenig für die exclusive Herrschaft des Staates. Er stehe auf dem Boden der Verfassung. Es trete aber hier wieder der Streit hervor, wie die verschiedenen Artikel der Verfassung anzulegen seien. Das Unterrichtsgesetz, wie die Commission wolle, verlange über die Schule die absolute Herrschaft des Staates. Damit wäre aber noch gar nichts erungen. Den Commissionsbericht durchlaufe, wie ein rother Faden, eine Antipathie gegen alles Kirchliche; allein die brennenden Fragen des heutigen Tages seien nicht mehr die Stellung der christlichen Kirchen zu einander, sondern es handle sich darum, ob positiv kirchliche oder materialistische oder wissenschaftlich speculative Weltanschauung vorherrschen solle. Man stehe einander nicht mehr gegenüber wie Christen gegen Christen, sondern wie Christen gegen Antichristen. (Heiterkeit.) Diesem tiefen Gegensatz trete der Commissionsbericht und theilweise auch die heutige Debatte mit Schlagworten entgegen, wie „Zeitstürme“, „zeitgemäß“; damit könne man wohl auch eine augenblickliche Wirkung in der Conversation, auch wohl in der Presse hervorbringen, aber wenn es sich um eine so ernste Sache wie das Unterrichtsgesetz handle, dann sollte man nicht glauben, mit solchen Worten etwas zu erreichen. Er und seine Freunde ständen in der Zeit und gehörten der Zeit an, allein die Resolutionen gehörten vielfach zu den schon überwundenen Standpunkten. Nach Schluß der General-Discussion solle man über die vorgeschlagenen Resolutionen abstimmen und nicht zu sehr in das Spezielle eingehen.

Ein Antrag auf Vertagung wird gestellt und angenommen. Schluß der Sitzung nach 3 Uhr.

N u n d f a r.

Berlin, 24. März.

— Die Fortschrittspartei berieth gestern über den Antrag von Schulze-Deßlich, im Abgeordnetenhause zu beantragen, den Justizminister aufzufordern, den Verfasser des Artikels im „Staatsanzeiger“, welcher das Verhältnis der Regierung zum Abgeordnetenhause behandelt, gerichtlich zu verfolgen. Wie das linke Centrum, so beschloß auch die Fortschrittspartei, auf diesen Antrag nicht einzugehen.

— Gestern früh ist wieder ein Postdiebstahl entdet worden. In dem mit dem Courierzuge der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn von Magdeburg angekommenen Postbriefbeutel fehlten 15,000 Thlr. in Papiergeld und war statt dieser Summe Maculatur von gleichem Gewicht im Briefbeutel vorhanden. Das auf dem letzteren befindliche Dienstsiegel war erbrochen und der Beutel wieder verriegelt, als Stempel jedoch ein runder Gegenstand mit ganz glatter Fläche gebraucht worden. Die Criminal-Polizei ist mit der Ermittlung des Thäters eifrig beschäftigt.

Frankfurt a. M., 21. März. In einem an das Präsidium gerichteten Schreiben hat der Königlich preussische General-Lieutenant v. Prittwitz dasselbe ersucht, der Bundesversammlung seinen Dank für die geschehene Benennung eines Werkes der Bundesfestung Ulm nach seinem Namen darzubringen. Der Beschluß, das Fort avancé vor der Wilhelmsecke in Ulm „Fort Prittwitz“ zu benennen, war nämlich in einer der letzten Sitzungen gefaßt worden, und zwar in Rücksicht darauf, daß General-Lieutenant von Prittwitz, der Erbauer der Bundesfestung Ulm, im Begriffe stand, sein 50jähriges Dienstjubiläum zu feiern.

Wien, 20. März. Im Allgemeinen kann man in Paris mit der Haltung des diesseitigen Cabinets in der politischen Frage durchaus zufrieden sein. Nimmt man auch zur Zeit noch Anstand, in ein bindendes Engagement einzutreten, so ist es doch gewiß, daß in Wien nicht daran gedacht wird, von der bisherigen Linie sich zu entfernen. Man hat dazu um so weniger Ursache, als für Oesterreich dadurch keine Verlegenheiten erwachsen können, im Gegentheil seine Stellung sich nur dadurch verbessert. Fürst Metternich hat hier wie dies übrigens zu erwarten war, sehr eifrig zu Gunsten einer Verständigung mit Frankreich gesprochen und sollen seine Vorstellungen in der That nicht ohne Einfluß geblieben sein, da man allerdings die Möglichkeit einer Cooperation mit Frankreich ins Auge zu fassen beginnt. Nur will man die Ereignisse abwarten, da dieselben bis jetzt ein entschiedeneres Hervortreten Oesterreichs nicht nothwendig erscheinen lassen. Man ist hier der Ansicht, daß es allerdings das Beste wäre, der politischen Frage so lange dies überhaupt möglich ist, ihren localen Charakter zu bewahren, und man hat hauptsächlich aus diesem Grunde den Abschluß der Convention vom 8. Februar bedauert, weil dadurch Veranlassung gegeben worden ist, die politische Frage als eine europäische zu behandeln. Da aber dies nun einmal der Fall ist, so wird sich Oesterreich sicherlich nicht von den Westmächten trennen. Fürst Metternich hatte gestern eine Konferenz mit dem englischen Botschafter Lord Bloomfield und wohnte später einer Minister-Conferenz bei, welcher der Kaiser präsidirte. — Nach Galizien gehen neuerdings wieder Truppen ab, da eine schärfere Grenzüberwachung eintreten soll.

Athen, 7. März. Die in Athen erscheinende „Correspondance de Grèce“ entwirft folgendes Bild von der hellenischen Selbstesta: „Es ist auffallend, daß die neue provisorische Regierung in ihrem Programm auch nicht mit einem einzigen Worte des Heeres Erwähnung gethan hat. Sollte dies darin seinen Grund haben, daß sie nicht weiß, wo das größte Uebel Griechenlands liegt, oder fürchtet sie etwa, die Hand auf eine zu schmerzliche brennende Wunde zu legen? Wie dem auch sein möge, mit dem Heere ist es in Griechenland so weit gekommen, daß es nichts weiter mehr ist, als die wüsthete, zuchtloseste und sittenloseste Rotte, ein stets zum Aufbruch bereitetes Werkzeug.“

— 12. März. Hadzhi Petros, der ehemalige Adjutant des Königs Otto, ist verhaftet und nebst anderen Offizieren, die als seine Mitschuldigen bezeichnet werden, auf der Fregatte „Minerva“ untergebracht worden. In einem Artillerie-Bataillon ist eine Meuterei ausgebrochen, indem die Soldaten ihren neuen Kommandanten nicht anerkennen wollten. Die Rädelsführer sind verhaftet und auf einem Schiffe eingesperrt worden. Die National-Versammlung hat den eben so wie Christides verbannten Journalisten Levidis und Philemon die Erlaubnis zur Rückkehr ertheilt. Auch Christides, der für das Haupt der französischen Partei gilt, darf zurückkehren.

— 14. März. Die nach Aegina vertriebenen Offiziere verlangen in einer Adresse an die Nationalversammlung entweder gleich gerichtet oder freigelassen zu werden. In Rafoniet und Messenien soll die Ruhe hergestellt sein; dagegen vermehren sich die Verbrechen gegen Leben und Eigentum. Der frühere Gendarmerie-Kommandant Oberst Nicolaidis wurde zum Platzkommandanten in Athen, Artemis Michon zum Gendarmerie-Kommandanten ernannt. Die Regierung beschloß, allen Soldaten auf ihr Verlangen unbefristeten Urlaub zu ertheilen.

— Aus den türkischen Grenzprovinzen verlauten schlimme Nachrichten über zunehmende Räuberheute. Lord Elliot soll erklärt haben: die Westmächte würden sich demnächst über einen Thronandibaten verständigt haben. Katergis wird nächster Tage mit wichtigen Nachrichten aus Paris erwartet. Reisende von Athen nach dem Pyraeus wurden durch Räuber ausgeplündert.

London, 20. März. In Folge der Erlaubnis des Prinzen von Wales wird binnen kurzer Zeit im South Kensington-Museum eine Ausstellung der der Prinzessin Alexandra dargebrachten Hochzeitsgeschenke veranstaltet werden.

Totales und Provinzielles.

Danzig, den 25. März.

[Stadtverordneten-Sitzung am 24. März.]

Vorsitzender: Herr Th. Bischoff; Magistrats-Commissarien: Herr Bürgermeister Dr. Ling, Herr Kämmerer Strauß und Herr Stadtrath Hahn. Anwesend: 49 Mitglieder. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und angenommen. Zu Mitredactoren des neuen Protokolls werden die Herren Hauptmann, Helm und Hendewerf ernannt. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist eine das Gymnasium betreffende Mittheilung, dahin gehend, daß dem Lehrer der Physik am Gymnasium in Betreff der Anschaffung physikalischer Instrumente eine freie Verfügung über die bereits bewilligte Summe gelassen werden möge. Die Versammlung ist damit einverstanden. Hierauf wird eine von einer Berliner Kunsthandlung an die Versammlung ergangene Einladung zur Subscription auf ein patriotisches Werk: „Preussische Ehrenhalle, ein Gedenkblatt mit den Portraits der großen Männer Preußens aus der ruhmreichen Zeit des Befreiungskrieges“ abgelehnt. Nunmehr wird zur Wahl der Mitglieder für die Gebäudesteuer-Veranlagungs-Commission geschritten. Die Herren Damm und Schottler übernehmen das Amt der Stimmzettelzählung. Nachdem diese beendigt ist, ergiebt sich, daß die Herren Gütner, Thiel, Pruis, Rung, Kompeltien, Helb, Payrebrüne und K. Seeger zu Mitgliedern der Commission und die Herren Stattmiller, Dodenhoff und Raß zu Stellvertretern gewählt sind. Es wird hierauf der Versammlung die Mittheilung gemacht, daß die von ihr bewilligten 300 Thlr. für hilfsbedürftige Veteranen aus dem Freiheitskriege von Herrn Stadtrath Lemke an 99 derselben, die man in hiesiger Stadt ausfindig gemacht, vertheilt worden sind und zwar so, daß jeder der drei Aeltesten 4 Thlr. und jeder der andern 3 Thlr. erhalten hat. Der Act der Geldvertheilung hat im weißen Saale des Rathhauses stattgefunden und ist mit einer patriotischen Ansprache verbunden gewesen. Der Magistrat zeigt ferner an, daß wieder eine Anzahl freistädtischer Schuldenanerkennnisse verbrannt werden soll und bittet, eine Commission für den Verbrennungsproceß zu ernennen. Die Versammlung wählt zu Mitgliedern dieser Commission die Herren Rottenburg, Schirmacher und Hendewerf. — Ferner wird mitgetheilt, daß der Magistrat sich mit dem von der Versammlung gefaßten Beschluß in Betreff der Einsetzung einer Rechnungs-Abnahme-Commission einverstanden erklärt. Zu einer lebhaften Debatte giebt wieder die Angelegenheit des Baues eines Circus auf dem Heumarkt Veranlassung. Nachdem vor 14 Tagen an die Versammlung ein Schreiben von Anwohnern des Heumarkts mit der Bitte gelangt war, zu dem projectirten Bau eines Circus auf dem Heumarkt für den Monat Mai nicht ihre Einwilligung zu geben, ist ihr jetzt ein Schreiben von andern Anwohnern des Heumarkts mit der Bitte zugegangen, ihre Einwilligung zu dem Bau zu geben, weil ein Circus auf dem Heumarkt einen sehr belebenden Einfluß auf ihren Geschäftsverkehr üben würde. Hr. Kämmerer Strauß macht darauf die Mittheilung, daß der Magistrat anerkenne, bei Ertheilung der Erlaubniß für den in Rede stehenden Bau eines Circusgebäudes auf dem Heumarkt seine Befugniß überschritten zu haben und daß für dieselbe die Einwilligung der Stadtverordneten-Versammlung nöthig gewesen. Es würde dies jedoch in Zukunft nicht wieder vorkommen. Im Uebrigen erstreckte sich die vom Magistrat positiv gegebene Genehmigung für das Stehenbleiben des Circus auf dem Heumarkt nur auf die Zeit vom 1. Mai bis zum 31. Mai. Ob die Genehmigung auf längere Zeit auszudehnen sei, das würde von den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung abhängen. Herr Thiel macht, um eine Lösung der schwebenden Frage herbei zu führen, den Vorschlag, den Circus nicht auf der Mitte des Marktes zu bauen, sondern ihn weiter nach der Sandgrube zu rücken. Herr Biber knüpft an die Erklärung des Herrn Stadt-Kämmerers, die ihn befriedigt, die Frage, ob der Marktpächter nicht wegen des Raumes, der ihm durch den Circus verloren gehe, von der Kasse der Commune eine Entschädigung zu fordern berechtigt sei. Der Herr Stadt-Kämmerer verneint diese Frage. Herr J. C. Krüger empfiehlt den Vorschlag des Herrn Thiel. Nachdem sich noch die Herren Klose, Haffe, Steimmig, Prepel und der Herr Bürgermeister an der Debatte betheiliget, beschließt die Versammlung: die Einwilligung zur Erbauung des Circus auf dem Heumarkt zu ertheilen, jedoch unter der Bedingung, daß der Abbruch desselben bis zum 15. Juni erfolgt sein muß. Zugleich spricht sie den Wunsch aus, der Erwägung des Herrn Stadtbauraths anheim zu geben, ob der Aufbau des Circus nicht in die Nähe der Sandgrube zu verlegen sei. Bei der auf der Tagesordnung stehenden Forderung des Magistrats von 204 Thlr. als Pöhnung für die an Stelle der als Reserve einberufenen Feuerwehrmänner und Schutzeute angestellten Hülfsmannschaften erklärt Herr Stadtrath Hahn, daß bereits ein Arrangement getroffen, durch welches diese Forderung besichtigt worden.

Es folgen verschiedene Geldbewilligungen und zwar 1) 116 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf. zum Schulbau in Ohra, 53 Thlr. 25 Sgr. 6 Pf. zur Bepflanzung der Grenzen des kleinen Exercierplatzes, 400 Thlr. zur Beschaffung einer Umdruckpresse, 134 Thlr. 11 Sgr. 10 Pf. zum Schulbau in Weichselmünde, 40 Thlr. zu Schulzwecken, 983 Thlr. 15 Sgr. zum Fort-Glat u. s. w. Den Schluß der Sitzung bildet ein höchst kritischer und viel besprochener Gegenstand, nämlich die Uebernahme des Franziskanerklosters. Seit Jahren hat eigentlich kein Mensch gewußt, wem dieses merkwürdige Gebäude gehört. Man wußte nur so viel, daß der Bildhauer Hr. Freitag im glühenden Kunstfeier es mit eigner Stirn gegen alle Angriffe der materialistischen Ansichten der Gegenwart verteidigt, in demselben sein Atelier hatte und darin ein vaterländisches Museum zu gründen und zu pflegen

suchte. Der wahre Eigenthümer, so hieß es, sei der Militärkassirer, und weil dies alte verfallene Gebäude Niemand als ein Geschenk annehmen wolle, deshalb allein sei es Hr. Freitag gestattet, in demselben zu wohnen und sein Wesen zu treiben. Der Staat hat verschiedene Male versucht, es unserer Stadt zu schenken, die Versuche aber waren stets mißlungen. Einer der größten Gegner der Annahme dieses Geschenks war der frühere Stadt-Kämmerer Zernecke, indem er meinte, dies Geschenk würde ein Dieb in dem Stadtsäckel sein — denn um die Bedingungen zu erfüllen, welche der Staat an das Geschenk knüpfte, seien viele tausend Thaler nöthig. Einem geschenkten Gaul sehe man zwar nicht ins Maul; aber wenn der geschenkte Gaul viel aufresse, ohne das Geringste zu verdienen, so sei er doch für den Besenkten ein sehr kritisches Ding, ja eine drückende Last. Die früheren Stadtbauräthe Zernecke und Berger hatten nämlich übereinstimmend ihr Gutachten dahin abgegeben, daß die Stadt bei der Annahme des in Rede stehenden Geschenks sofort 30- bis 40,000 Thlr. für bauliche Zwecke desselben verwenden müsse. Hr. Bürgermeister Ling theilte in der gestrigen Stadt-Verordneten-Sitzung mit, daß nach dem Gutachten von Sachverständigen der Gegenwart diese in der That bedeutende Summe sich auf 2000 Thlr. zurückführen lasse. Die ganze Versammlung zeigte sich sehr geneigt für die Annahme des dargebotenen Geschenks. Nur die Herren Zebens und Klose hatten in Betreff der Form, unter welcher die Annahme, die sie gleichfalls wünschten, erfolgen soll, einige und zwar sehr gegründete Bedenken. Dieselben aber fanden schnell ihre Erledigung, und so beschloß die Versammlung ohne Verzug, das dargebotene Franziskanerkloster unter den von der Königl. Regierung gestellten Bedingungen als Geschenk zu acceptiren. Schluß der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr. Nach der öffentlichen Sitzung folgte noch eine geheime.

Der hier in der ersten Recension über Hr. Ulrich von unserem Theater-Referenten ausgesprochene Wunsch, die junge Künstlerin in einer Goethe'schen Mädchen-gehalt zu sehen, hat unter allen hiesigen Theaterfreunden die lebhafteste Beistimmung gefunden. Es ist sogar, wie wir hören, an die hiesige Theater-Direction die Aufforderung ergangen, Hr. Ulrich als Gretchen in Goethe's Faust aufzutreten zu lassen. In dieser Rolle kann sich allerdings eine Schauspielerin in ihrer ganzen Größe zeigen und ihre Leistung in derselben wird stets den richtigen Maßstab für ihre Beurtheilung liefern.

Hr. Degele vom Hof-Theater in Dresden wird wieder in nächster Zeit im hiesigen Stadt-Theater Gastrollen geben.

Die Fortbildungsschule für Mädchen im Gewerbehaufe, welche bereits 2½ Jahr sehr segensreich gewirkt hat, beginnt mit dem 9. April einen neuen Curfus. Die rasche Entwicklung, welche die Schule genommen, ist jedenfalls die beste Empfehlung für sie. Als sie ihr's Leben trat, hatte sie nur 5 Schülerinnen und bereits nach dem Verlauf von 6 Monaten zählte sie 41; im Wintersemester von 1861—62 zählte sie 52. Gegenstände des Unterrichts sind: Schreiben, Brieflesen, Rechnen, deutsche Sprache, Buchführung, gemeinnützliche Belehrung. Die Unterrichtsstunden finden Montags und Donnerstags früh von 7—8½ Uhr und Sonnabends früh von 6 bis 7½ Uhr statt.

Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht: Dem Appellationsgerichts-Rath Hirschfeld in Marienwerder den Charakter als Geheimen Justiz-Rath; den Rechts-Anwalter und Notaren Schrader in Pr. Stargard, Siewert in Neustadt in Westpreußen, Dickmann in Elbing und Gombli in Graudenz den Charakter als Justiz-Rath; sowie dem Kreisgerichts-Secretair und Rentanten Vogt in Marienburg den Charakter als Rechnungs-Rath, und den Kreisgerichts-Secretairen Hausburg in Liegenhof und Hale in Stargard in Westpreußen den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

In Liegenhof, 24. März. Von nah und fern hört man von der erhabenen Feier des 17. März, nur von hier ist leider nichts zu melden; und wie sollte auch wohl ein solches Fest hier Anklang finden! Man begnügte sich damit den wenigen hiesigen Veteranen den collectirten Geldbetrag einzuhändigen und sie zu dem Feste nach Marienburg zu schicken, an dem man sonst sich nicht weiter betheiligte. — Auch von der Geburts-tagsfeier Sr. Maj. des Königs läßt sich nicht viel sagen. Die kirchliche Feier war die Hauptsache, dann wurde noch polizeiwidrig viel geschossen und Abends waren auch einige Häuser illuminirt. — Von den Veteranen, die am 15. Febr. in dem benachbarten Fürstenau festlich bewirthet und beschenkt wurden, ist der eine bei seiner Heimkehr des Abends verunglückt und todt im Graben gefunden worden. — Unsere Wege sind augenblicklich schlecht, dafür werden wir aber durch die Wasser-Communication mittelst der Elbinger Dampfschiffe entschädigt, zu denen nächstens noch ein drittes kommen wird, das die Gebr. Behrens in Elbing bauen lassen und das vom hiesigen Orte aus seine Fahrten bewerkstelligen soll. — In unserm Handwerker-Verein hörten wir kürzlich einen interessanten Vortrag des Hrn. Lehrer Eisenblätter über den berühmten „oberländischen Canal“, dessen schiefe Ebene durch ein sehr sinnreiches Modell veranschaulicht wurde. — Der neulich aus dem hiesigen Gefängnisse entwichene Stellmacher Böck aus Jungfer kehrte am dritten Tage schon freiwillig wieder zurück. Er hatte nur den Seinigen einen Besuch abzustatten wollen. — Ein hiesiger Gerichtsbote ist wegen Unterschlagungen seines Amtes entsetzt und zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Ein fremder Kartenkünstler kam noch schlechter weg. Er wurde wegen gesetzwidrigen Hazardspiels auf dem letzten Jahrmarkte hier, zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt, nachdem sich herausgestellt hatte, daß er wegen dieses Vergehens schon 9 mal, an verschiedenen Orten bestraft worden.

Aus dem Strasburger Kreise wird dem „G. G.“ Folgendes geschrieben: „Schon am 19. März Abends,

als Lautenberg einen vergnügten Ball gab, der von den dort stehenden Offizieren zahlreich besucht war, drang in den Ballsaal die Nachricht, daß große Insurgentenscharen russischen Soldaten an der Grenze hart zusetzten. Am folgenden Morgen fanden von unserer Seite militairische Recognoscirungen statt, durch welche es sich herausstellte, daß wirklich ca. 200 berittene und ca. 1000 ziemlich gut bewaffnete Insurgenten zu Fuß, gegen unsere Grenze die kleine ca. 160 Mann starke Abtheilung russischer Grenz-Soldaten drängten, wobei einige Schiffe auf unserer Grenze gehört wurden. Großer Schrecken bemächtigte sich mehrerer von Polen her geflüchteter Personen, sowie auch unserer Grenzbewohner. Zu deren Schutz ging von Lautenberg sofort eine Abtheilung Soldaten ab, um feindliche Scenen oder Räubereien auf unserm Gebiete zu verhindern, wie solche schon zweimal an der ostpreussischen Grenze vorgekommen sind, wo Insurgenten unsere Grenze überschritten, einige Schweine forttrieben, andere Lebensmittel mitnahmen und jenseits der Grenze im Angesichte der klagenden Eigenthümer, und der inzwischen hinzugekommenen Militairs, welche jedoch keinen Befehl hatten, Polen zu betreten, ihre Beute verzehrten. Für besonders kriegerisch werden die hiesigen alten russischen Grenzsoldaten nicht gehalten, daher ist unser jetziger militairischer Schutz sehr angenehm; der auch hoffentlich hinreichend ist, die bedrohte Grenze sicher zu stellen.

Königsberg. Der älteste Soldat bei unserem Kürassierregiment, dessen Chef bekanntlich Feldmarschall v. Wrangel ist, ist der Vicewachtmeister Wildauer. Derselbe dient bereits 46 Jahre. Das Regiment, bei welchem er damals als Rekrut eintrat, kommandirte Oberst von Wrangel, der jetzige Feldmarschall. Se. Excellenz hat sich stets sehr freundlich gegen Wildauer gezeigt. So schenkte er demselben bei seiner Anwesenheit zur Krönung eine kostbare Uhr mit seinem Namenszuge. Als jetzt einige Tage vor dem 17. März die Fahnen und Standarten nach Berlin kamen, welche bei der feierlichen Einweihung der Reiterstatue Friedrich Wilhelm III. zu figuriren bestimmt waren, und die Standarten seines Regiments dem Feldmarschall überbracht wurden, war sogleich die erste Frage, die er an die Fahneneskorte richtete: „Wo ist mein Wildauer?“ Und Wildauer mußte auf Befehl Sr. Excellenz per Telegraph nach Berlin citirt werden, um auch an der Feier theilnehmen zu können. Dergleichen menschenfreundliche und wohlwollende Züge kennt man viele von dem alten Marschall „Druf.“ (Dtp. 3.)

Berlin, 20. März. [Wollbericht.] Seit unserem jüngsten Berichte in den verfloffenen 14 Tagen hat sich die Lage des Wollgeschäfts nicht geändert und findet bei den auf etwa 2000 Str. zu schätzenden Verkäufen die Preise ziemlich dieselben geblieben; von diesem Quantum kommt die Hälfte auf inländische Fabrikanten, das Uebrige wurde für Kammgarnspinner genommen; hierbei waren einige hundert Centner russischer Wollen. Ein bedeutender sächsischer Spinner ist gegenwärtig noch im Markt. Im Allgemeinen waren die Umsätze für den gegenwärtigen Zeitpunkt ziemlich befriedigend, nur entsprechen dieselben nicht den ungewöhnlich großen Beständen, welche in fast allen Gattungen noch eine reiche Auswahl darbieten.

Breslau, 20. März. [Wollbericht.] Wenn wir uns schon in unserem letzten Referate zu der Bemerkung veranlaßt sahen, daß trotz der stattgehabten großen Umsätze sich Unlust und Verstimmung im hiesigen Wollgeschäfte nicht verkennen lasse, so dauerte diese Haltung nicht nur in erstbitem Grade fort, sondern fand noch neue Nahrung an der Zahlungseinstellung eines rheinischen Wollhändlers, bei welcher auch hiesige Häuser etwas betheiliget sind. Gleichzeitig war der Umsatz auf ein Minimum beschränkt und betrug kaum 300 Str. Mittelwolle in den Sechsziger Thalern, welche von den benachbarten Fabrikanten zu den seitherigen niedrigen Preisen gekauft worden sind. Im Uebrigen sind nur noch einige Kleinigkeiten von posenscher und ungarischer Sommerwolle in den Fünfziger, sowie von schlesischer Schweiswolle von 54—58 St. aus dem Markte genommen worden. Von neuen Zufuhren haben wir in den letzten Tagen ca. 1500 Str. erhalten, theils russische Rücken- und Runktwäcker, theils gute polnische Tuchwollen.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 24. März.

5 Schiffe mit Ballast.

Gesegelt:

J. P. Topp, Colberg, n. Stettin; u. J. B. Moor, Dwina, n. London, m. Getreide.

Angekommen am 25. März:

R. Domke, Ditva; u. G. Giegen, Burgmeister v. Setten, v. London; F. Büsching, Hulda, v. Stettin, m. Gütern. J. Trattles, Sautage, v. Middlesbro, m. Kohlen. — Berner 27 Schiffe mit Ballast.

Gesegelt:

G. Volkahn, Lachs, n. London, m. Holz. Ankommend: 11 Schiffe. Wind: Nord-Nord-Ost.

Producten-Berichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 25. März:

Weizen, 180 Last, 136 pfd. fl. 530; 128 pfd. fl. 505, 510; 127 pfd. fl. 487½; 129 pfd. fl. 500; 127. 28 pfd. fl. 480; 126 pfd. fl. 492; 126, 125 u. 120 pfd. fl. 475; 124 pfd. fl. 472½; 121. 22 pfd. fl. 450; 115 pfd. fl. 440 Alles pr. 85 pfd. Roggen, 114. 15 pfd. fl. 290; 117 pfd. fl. 297; 119 pfd. fl. 300; 121 pfd. fl. 303; 122. 23 pfd. fl. 307½; 123 pfd. fl. 310 pr. 125 pfd. Gerste 105. 106 pfd. fl. 216. Erbsen w. fl. 288, 294. Widen fl. 246, 255.

Thorn passirt und nach Danzig bestimmt vom 21. bis incl. 24. März.
989 Last Weizen, 1038 Last Roggen, 103 Last Erbsen.

Meteorologische Beobachtungen.

24	4	338,61	+ 10,3	W. SW. frisch, bewölkt.
25	8	340,92	3,2	N. D. mäßig, bez. u. trübe.
12	12	341,16	7,6	N. W. schwach, durchbr. Gewölk.

[Eingesandt.]

Fräulein Pauline Ulrich ist bekanntlich als Darstellerin des Gretchen in Göthe's „Faust“ ausgezeichnet. Wir bitten im Interesse des Publikums wie der verehrlichen Theater-Direktion, die letztere dringend, Fräul. Ulrich zur Vorführung dieser Rolle baldigst Gelegenheit zu bieten.

Viele Theaterfreunde.

Angekommene Fremde.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. v. Roggenbuder und Kemp a. Berlin. Dekonom Chellowski a. Miradau.

Walter's Hotel:

Rittergutsbes. Fornier a. Mielewo und Zieske nebst Gem. a. Piffow. Gutsbes. Proft a. Majewo u. Eschbach a. Gütland. Ingenieur Pfannenbecker a. Stettin. Stud. med. v. Czarlinski a. Schwarzau.

Schmelzer's Hotel:

Rittergutsbes. Fließbach a. Jagtow. Gutsbesitzer Brauns a. Camerau. Die Kaufl. Tugendreich a. Berlin, Cornelius a. St. Petersburg, Witte a. Hamburg, Schaumburg a. Apolda, Flatow a. Mannheim, Remdscheid aus Elberfeld u. Wolfheim a. Schwerin.

Hotel d'Oliva:

Gutsbes. Lohde a. Kraftuden. Die Kaufl. Kirstein a. Berlin und Meyer a. Königsberg. Bäckerstr. Nagel aus Stettin.

Hotel de Thorn:

Rittergutsbes. Bretinis a. Insterburg. Gutsbesitzer Schmidt a. Herren-Grebin. Baumeister Engelhardt a. Elbing. Rentier Stallberg a. Breslau. Die Kaufl. Schiller a. Dresden, Hering a. Berlin u. König a. Cöln.

Deutsches Haus:

Gutsbes. Claassen a. Wernersdorf u. Schmidt aus Rosentanz. Tischlerstr. Schmidt a. Bromberg. Die Kaufl. Feibel a. Pr. Pflerz, Hochschulz a. Neustadt und Hahn a. Stargardt.

Stadt-Theater zu Danzig.

Donnerstag, den 26. März. (6. Abonnement No. 14.)

Zampa. Große Oper in 3 Akten von Herold.

Freitag, den 27. März. (Abonnement suspendu.)

Dritte Gastdarstellung der Königl. Hofschau-

spielerin Fräul. Pauline Ulrich, vom Hoftheater

in Dresden. Mathilde, oder: Ein Frauen-

herz. Schauspiel in 4 Akten von R. Benedix.

Hierauf: Wenn Frauen weinen. Lustspiel

in 1 Akt von Moser.

* * * Mathilde — Bertha Fräul. Ulrich, als Gast.

Bei L. G. Homanni, Danzig,

Jopengasse No. 19, ging neuer Vorrath ein von der

ersten Lieferung des Werkes:

Förster Geschichte

der Befreiungskriege 1813, 14 u. 15.

Diese neue Auflage wird mit Benutzung vieler bisher ungedruckter Quellen und mündlicher Aufschlüsse, bedeutender Zeitgenossen herausgegeben, erscheint in Lieferungen à 5 Sgr. und ist eines der besten Werke, welche überhaupt über die Befreiungskämpfe geschrieben worden sind. Karten, Schlacht-Pläne und Abbildungen werden in großer Anzahl beigegeben. Bestellungen erbittet die obige Buchhandlung von

L. G. Homann in Danzig.

Glabrenner's

Berliner Montags-Zeitung

ist die einzige Berliner Zeitung, welche Montags, außer den am Sonntag eintreffenden Telegr. Depeschen und den neuesten politischen Nachrichten vom Umstande, die neuesten Mittheilungen aus den Kreisen des Hofes und der Regierung, aus den Kammern und dem öffentlichen Leben und Treiben der preussischen Residenz, so wie Berichte über das Theater u. s. w. in piquanter Fassung bringt.

Der berühmte witzig-satyrische Zeitspiegel „Die Wahrheit“ redigirt von Dr. Münchhausen, erscheint unausgesetzt als Feuilleton.

Der Preis für ganz Preußen ist 25 Sgr. vierteljährlich. Man pränumerirt bei den Königl. Post-Anstalten und erhält die Zeitung Montag früh, zur Zeit ihres Erscheinens in Berlin.

Joseph Kroyer in Berlin, Hellweg 7.

Bekanntmachung.

Sowohl die am 1. April cr. fällig werdenden halbjährigen Zinsen von den Danziger Stadt-Obligationen des Jahres 1850, als auch die bis jetzt nicht erhobenen Zinsen derselben Obligationen für frühere Termine können vom 3. April dieses Jahres ab an jedem Wochentage in den Vormittagsstunden auf der Kammerei-Kasse gegen Auslieferung der betreffenden Coupons in Empfang genommen werden. Danzig, den 23. März 1863.

Der Magistrat.

5 Sgr. = 18 Kr. Provision

für jede Unterschrift werden Denjenigen vergütet, welche wenigstens 200 Abonnenten auf die Illustrierte Dorfzeitung (Lahr, Baden, bei J. H. Geiger) sammeln, 2 1/2 Sgr. = 9 Kr. bei weniger Abonnenten. Probehefte zu diesem Zwecke liefern alle Buchhandlungen gratis. In einem Städtchen von 2000 Einwohnern wurden von dieser billigsten Illustrierten Zeitung 500 Ex. abgesetzt und so ohne viele Mühe 150 Gulden verdient.

Briefe sind frankirt an J. H. Geiger in Lahr zu richten.

Räumungshalber ist trockenes Klitschenholz auf dem Holzfelde Poggenpfehl an der Kaserne recht billig zu verkaufen.

Französisch

lehrt Jedem ohne Vorkenntnisse auf die leichteste Weise, bei gleichzeitig interessanter Lecture, binnen 6 Monaten, in eleganter Aussprache, Schrift, Conversation und Correspondenz, die

deutsch-franz. Unterrichts-Zeitung.

Diese neue Methode ist unfehlbar und übertrifft den weit theuern mündlichen Unterricht. Jeder Schüler kann sich schon nach kurzer Zeit in der franz. Sprache verständlich machen. Ein vollständiges Wörterbuch wird jedem Abonnenten gratis geliefert. Für Eltern, welche durch diese Zeitung ohne eigene Kenntnisse die Kinder selbst zu unterrichten im Stande sind, für ganze Gesellschaften, die mit Hülfe der Zeitung einen Lehr-Cursus eröffnen können, sowie für Jeden, der rasch und billig zum Ziele kommen will, ganz besonders zu empfehlen. — Preis für 1 Monat oder 64 Seiten Lectionen 1 Thlr., für den vollständigen Unterricht von 900 Seiten nur 5 Thlr. pränumerando bei franco Uebersendung. — Nicht zu verwechseln mit ähnlichen Unternehmungen! Bestellungen nur an:

A. Retemeyer's Zeitungs-Bureau in Berlin.

Für Danzig und Umgegend werden Abonnements in der Expedition des Danziger Dampfschiffs angenommen und Prospective verabsolgt.

Inspectoren,

mit ganz vorzüglichen Empfehlungen suchen Placements durch

A. Baecker,
Pfefferstadt 37.

Die gewinnreichste Speculation

ist die Betheiligung bei dem Kaiserl. Königl. Oestreich'schen

Eisenbahn-Anlehen

wobon der Verkauf der Loose geschlich in Preußen gestattet ist.

Ziehung am 1. April.

Die Hauptgewinne des Anlehens sind: 24mal fl. 250,000, 71mal fl. 200,000, 103mal fl. 150,000, 90mal fl. 40,000, 105mal fl. 30,000, 90mal fl. 20,000, 105mal fl. 15,000, 2060 Gewinne à fl. 5000 bis abwärts fl. 1000. — Der geringste Preis, den mindestens jedes Obligationenloos erzielen muß, ist jetzt fl. 140. — Kein anderes Anlehen bietet eine gleiche Anzahl so großartiger Gewinne verbunden mit den höchsten Garantien. — Um die Vortheile zu genießen, welche Jedermann die Betheiligung ermöglichen, betriebe man sich baldigt DIRECT an unterzeichnetes Banhaus zu wenden, welches nicht nur allein Pläne und Ziehungslisten gratis und franco versendet, sondern auch die kleinsten Aufträge aufs prompteste ausführt.

Stirn & Greim, Banquiers in Frankfurt a/Main.

Der Publicist.

Täglich erscheinende Berliner Zeitung.

Herausgegeben und redigirt von Dr. N. F. Zehle.

Inhalt und Tendenz: Liberale Politik; vollständige politische Nachrichten; ganz unabhängige Stellung der Redaktion; gute Leitartikel; telegraphische Depeschen; pikante berliner Local-Zeitung; Berichte aus den Gerichtssälen; juristischer Rathgeber (Kragelasten); ausgewählte Erzählungen; Recensionen und Kritiken, vermischte Notizen; Börsen- und Handelsnachrichten.

Der „Publicist“ hat durch die alljährlich wachsende Zunahme seines Leserkreises Anerkennung gefunden als die mit am besten redigirte, stoffreichste und dabei verhältnismäßig billigste Zeitung.

Sämmtliche Postämter nehmen Bestellungen an: in Preußen zum Preise von 1 thlr. 10 sgr., im deutsch-österreichischen Postvereinsgebiete zum Preise von 1 thlr. 18 sgr.

Bei dem jetzt beginnenden Quartal empfehlen wir zu gefälligem zahlreichem Abonnement die von jetzt ab in großem Format in unserm Verlage wöchentlich dreimal erscheinende

Zeitung für Pommern,

die sich hierdurch und durch Nachrichten, die ihr aus allen Städten der Heimatprovinz zugehen, zu einem Provinzialblatt für Ostpommern erhebt.

Seit 38 Jahren hat dieses Blatt sich einer stets wachsenden Theilnahme zu erfreuen gehabt, die es wegen seines reichen Inhalts, bei dem höchst billigen Abonnementspreise — 16 Sgr. pro Quartal durch die Post — in hohem Maße verdient. In sorgfältiger Auswahl bringt es seinen Lesern die wichtigsten politischen, commerciellen u. Neuigkeiten, indem es zugleich in den Leitartikeln die herrschenden Tagesfragen eingehend erörtert und in einer politischen Wochenschau ein klares Bild von dem Zusammenhange der Welt-ereignisse entwirft. Auf die Interessen unserer heimischen Provinz, Förderung der Verkehrswege, materiellen und geistigen Fortschritt richtet es vor Allem ein wachsam Auge und empfiehlt sich besonders noch den Herren Landwirthen und Gutsbesitzern dadurch, daß es in der Donnerstagsnummer landwirthschaftliche und gemeinnützliche Beiträge liefert. Das Feuilleton unserer Zeitung enthält Erzählungen, unterhaltende Aufsätze, Biographien, Gedichte, vermischte Nachrichten u. s. w. Ferner enthält unsere Zeitung Bekanntmachungen der Regierung und der Behörden, Familiennachrichten, Anzeigen gewerblichen Inhalts u. s. w. Die wichtigsten Ereignisse werden derselben sofort auf telegraphischem Wege mitgetheilt.

Mit Recht glauben wir dieses Blatt der weitesten Verbreitung empfehlen zu dürfen.

C. F. Post'sche Buchdruckerei in Colberg.

Berliner Börse vom 24. März 1863.

	Sf.	Pr.	Gld.		Sf.	Pr.	Gld.		Sf.	Pr.	Gld.
Pr. Freiwillige Anleihe	4 1/2	101 3/4	101 1/2	Ostpreussische Pfandbriefe	3 1/2	—	87 1/2	Danziger Privatbank	4	—	103 1/2
Staats-Anleihe v. 1859	5	106 3/4	106 1/2	do.	4	97 1/2	96 3/4	Königsberger Privatbank	4	—	100 1/2
Staats-Anleihen v. 1854, 55, 57	4 1/2	102	101 1/2	Pommersche do.	3 1/2	91 1/2	90 3/4	Pommersche Rentenbriefe	4	100	99 1/2
do. v. 1859	4 1/2	102	101 1/2	do.	4	100 1/2	100 1/2	Pommersche do.	4	97 1/2	97 1/2
do. v. 1856	4 1/2	102	101 1/2	Pommersche do.	4	—	—	Preussische do.	4	—	99 1/2
do. v. 1850, 1852	4	99 1/2	98 3/4	do.	3 1/2	—	—	Preussische Bank-Antheil-Scheine	4 1/2	—	126 1/2
do. v. 1853	4	99 1/2	99 1/2	do. neue do.	4	97 1/2	—	Oesterreich. Metalliques	5	68	67
do. v. 1862	4	99 1/2	98 3/4	Westpreussische do.	3 1/2	87	86 1/2	do. National-Anleihe	5	72 1/2	—
Staats-Schuldscheine	3 1/2	90	89 1/2	do.	4	97 1/2	96 3/4	do. Prämien-Anleihe	4	82 1/2	81 1/2
Prämien-Anleihe v. 1855	3 1/2	129 1/2	128 1/2	do.	4	—	—	Polnische Schaß-Obligationen	4	83 1/2	82 1/2